

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

SP/VI/27 - 1. Februar 1961

Wie veröffentlicht in dieser Ausgabe:

Seiten:

Zeilen:

1 - 2	<u>Lehren aus einem Leihwagen-Prozess</u> Von Dr. Karl Morner, MdB Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion	75
3	<u>Speak geht und kommt</u> Nach dem Rücktritt des NATO-Generalsekretärs	38
4 - 5	<u>Angola klopft an das Tor zur Freiheit</u> Aufschlussreicher Prozess in der portugiesischen Kolonie Von Helmut Bauer	85
6 - 7	<u>Scherbenhaufen</u> Reform der Krankenversicherung auf Eis gelegt	62

* * * * *

Lehren aus einem Leihwagen-Prozess

Von Dr. Karl Memmer, MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Das Urteil im Bonner Leihwagen-Prozess ist gesprochen. Vor der Unabhängigkeit der Justiz verstummt im Rechtsstaat auch die Stimme des Parlaments. Aber für den Bundestag ist dieses Mal der Fall noch nicht erledigt, denn er ist der "Arbeitgeber" des verurteilten Regierungsrats Brombach, welcher die Vergünstigungen des Deimler-Benz Direktors Dr. Könecke und seines ehemaligen Lobbyisten Hummelshelm angenommen hat. Hier stehen das Ansehen und die Integrität des Parlaments und seines Personals auf dem Spiel.

Die über 700 beim Bundestag beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter leisten treu, fleissig, unparteiisch und unbestechlich ihren an dieser verantwortlichen Stelle nicht immer einfachen Dienst, mit vieler Überstunden, wie das der besondere Arbeitsrhythmus eines Parlaments nun einmal mit sich bringt. Den Abgeordneten aller Fraktionen gehen sie noch besten Kräften in den technischen und administrativen Dingen zur Hand, wofür ihnen Dank und Anerkennung gebührt.

Der Bundestag ist die Repräsentation des ganzen Volkes. Jeder Bürger muss das Vertrauen haben, dass dort nach seinen Angelegenheiten Gehör geschenkt wird und dass die getroffenen Entscheidungen von den Abgeordneten nach Abwägung allen Für und Widere im Gesamtinteresse, nicht aber einzelnen Gruppen zuliebe, gefällt werden sind. Das gilt ebenso für die Bundestagsausschüsse. Sie mögen sich fachlich mit den Problemen einzelner Berufszweige oder Bevölkerungsgeschichten befassen, ihre Entscheidung aber müssen immer vor der Gesamtheit bestehen können. Der Landwirtschaftsausschuss muss auch die Interessen der Verbraucher, der Wirtschaftsausschuss die der Arbeitnehmer und der Vertriebenenausschuss die der Einheimischen berücksichtigen.

Für die Unterhaltung des Bundestages Sorge zu tragen ist die Aufgabe der Steuerzahler, die zugleich seine Wähler sind. Ihnen haben die Abgeordneten Rechenschaft zu legen, von ihnen erhalten die Parlamentarier nach vier Jahren entweder neues Vertrauen oder werden sie "abgewählt". Das gilt automatisch auch für die Fachausschüsse. Für ihre Arbeit steht ihnen der von allen unterhaltene Parlamentsapparat zur Verfügung, sie sind auf Hilfestellung von dritter Seite nicht angewiesen.

Herr Dr. Könecke hat im Verlauf der Gerichtsverhandlung vor dem Bonner Landgericht die Schenkung des neuesten Volkswagens an den Assistenten des Verkehrsausschusses damit begründet, dass er die Arbeit

gins Ausschusses habe unterstützen wollen, nicht den Privatmann Brombach.

Der Wohltätigkeit sind bekanntlich keine Grenzen gesetzt. Um aber als solche glaubhaft zu sein, darf sich nicht der Zusammenhang der Wohltätigkeit mit dem geschäftlichen Interesse aufdrängen. Die strafrechtliche Würdigung einer solchen Handlungsweise ist in diesem Zusammenhang völlig belanglos. Es gibt Dinge, die man nicht tut, auch wenn sie nicht gesetzlich verboten sind. Herr Dr. Könecke und Herr Brombach schienen das nicht zu wissen. Aber Herrn Dr. Könecke haben wir im Bundestag keine Gewalt. Der Präsident dieses Hauses wird es aber allen Mitarbeitern schwarz auf weiß klarmachen, dass die Annahme solcher Wohltäten mit der Tätigkeit beim Bundestag unvereinbar ist. Und Herrn Dr. Könecke und andere, die in seine Lage kommen könnten, wollen wir unmissverständlich bitten, sich solcher Art "Förderung der Parlamentsarbeit" zu enthalten. Wenn der Bundestag im Einzelfall ausnahmsweise die Dienste Privater in Anspruch nehmen muss, dann auf dem Dienstwege und über die Bücher seiner Verwaltung, nicht über die Privatkonten einzelner Beamter.

Die Enthüllung über die Tätigkeit des Lobbyisten o.D. Hummelstein, die der Prozess ebenfalls zutage brachte, waren alles andere als erfreulich. Der Bundesverteidigungsminister wisse ein Lied zu singen über ihre Leistungen, am Rüstungsgeschäft zu verdienen und hat darum eine entsprechende Neuregelung angeordnet. Auch der Bundestag wird sich auf die Dauer gegenüber diesem Problem nicht taub stellen können. Das im Herbst zusammentretende neue Parlament sollte deshalb ernsthaft alle Möglichkeiten untersuchen, nicht in dieses dunkle Bonner Kapitel zu verfallen. Er sollte die Erfahrungen anderer Länder mit heranziehen, die, wie z.B. die USA, die Registrierung aller Lobbyisten beim Kongress gesetzlich vorschreiben und von ihnen die Angabe ihrer Auftraggeber und der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel verlangen. Vielleicht erwächst aus den gegenwärtig laufenden Untersuchungen der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft über dieses Problem ein Vorschlag, den sich der Bundestag in seiner nächsten Legislaturperiode zu eigen machen könnte.

Der Deutsche Bundestag gilt als ein fleissiges und unbestechliches Parlament. Wo Einzelfälle, wie z.B. der Landesverrat zweier Abgeordneter sein Ansehen befleckt haben, ist ohne Ansehen der Person und der Partei in völliger Sinnlichkeit durchgegriffen worden. So, wie uns die Fälle Schmidt-Wittmack und Franzel jetzt zu einer Überprüfung des Geheimschutzes veranlassen haben, müssen wir auch den Fall Brombach als Mahnung auffassen. Der Bundestag hat einen Ruf zu verlieren.

Spaak geht und kommt

Nach dem Rücktritt des NATO-Generalsekretärs

G.M. Es spricht nicht viel für die Annahme, dass dem Generalsekretär der NATO, Paul Henri S p a a k , der Abschied von Paris schwerfallen wird. Schon während der vorjährigen Demonstration des Atlantikrates hat der belgische Politiker Freunden gegenüber zu verstehen gegeben, er bedauere, dass es ihm nicht gelungen sei, gewisse Vorstellungen von der Reorganisation des Atlantikbündnisses zu verwirklichen oder die mächtigsten Bündnispartner davon zu überzeugen, dass die politische mit der militärischen Integration Schritt halten müsse. Wenn Spaak sich jetzt entschloss, nach Belgien zurückzukehren, dann erfolgte diese Entscheidung also wohl nicht nur auf Drängen seiner Brüsseler Parteifreunde.

In der Parteizentrale der belgischen Sozialisten sieht man die Entscheidung Spaaks nach den turbulenten Wochen der jüngsten Vergangenheit und im Blick auf die kommenden Wahlen naturgemäss mehr unter innenpolitischem Aspekt. Spaak hat sich vor der Tätigkeit als NATO-Generalsekretär in seiner Eigenschaft als belgischer Aussenminister grosses Ansehen erworben. Aber nicht nur das; auch als es seinerzeit um die Absetzung König Leopolds ging, stand Spaak an der Spitze gewaltiger Arbeiterdemonstrationen, die den Rücktritt Leopolds erzwangen. Er gilt daher in Belgien - trotz allem, was man von ihm gelegentlich über seine Tätigkeit in der NATO gesagt haben mag - als aktiver Sozialist, dessen fortschrittliche Ideen, verbunden mit der Dynamik seiner Persönlichkeit, instande sein sollten, die Massen zu mobilisieren.

Der Bezirk Brüssel der Sozialistischen Partei Belgiens kündigte bereits an, Spaak werde sein Spitzenkandidat bei der kommenden Wahl sein. Die Brüsseler Gebietsorganisation hat eine Schlüsselstellung in der Sozialistischen Partei; ihr Spitzenkandidat ist fast automatisch der Wahlkampfleiter. Es gilt bei den Sozialisten in Brüssel als selbstverständlich, dass Spaak auch wieder seine Funktionen als Mitglied des Parteivorstandes und -Direktoriums aktiv übernehmen wird.

Damit wird der scheidende NATO-Generalsekretär schon in der Wahlkampfperiode zu einer der Schlüsselfiguren der belgischen Politik, zumal der ehemalige Aussenminister und prominente Europa-Politiker unbelastet von den parteiinternen Auseinandersetzungen während der vergangenen Streikwochen geblieben ist. Wer Spaak kennt, der weiss, dass er alle diese Vorteile mit äusserster Energie zugunsten seiner Partei einsetzen wird.

Angola klopft an das Tor zur Freiheit

Von Helmut Bauer

Nachdem Portugal einige Jahrzehnte im Windschatten der Weltpolitik gelebt und der Weltpresse nur selten Schlagzeilen für die erste Seite geliefert hatte, scheinen nun mit einem Mal so ziemlich alle politischen Gebrechen dieser "Glacé-Handschuh"-Diktatur offenbar zu werden: Neben der Affäre "Santa Maria", die wohl ein Alarmruf an die Weltöffentlichkeit, freilich mit verurteilenswerten Mitteln, sein soll, gibt ein hinter hermetisch verschlossenen Türen abrollender Prozess in der portugiesischen Kolonie Angola Gelegenheit, sich daran zu erinnern, dass der iberische Staat Portugal auch Kolonialmacht ist, die bisher anscheinend noch nicht mit den Emanzipationsbestrebungen der Eingeborenen Bekanntschaft machte. Dass dies ein Irrtum war, der wohl nur wegen der streng gehandhabten Zensur des Lissaboner Alleinherrschers Salazar entstehen konnte, beweisen die überaus knappen Nachrichten, die uns jetzt erreichen. Ihr Inhalt ist immerhin so bedeutungsvoll, dass UNO-Beamte sorgenvoll fragen, ob den Vereinten Nationen eines Tages zusätzlich zur Kongo-Hypothek eine weitere afrikanische Belastung zu wachsen soll.

"Angriff auf Staatssicherheit"

Neben 50 afrikanischen Nationalistenführern befinden sich zur Zeit auch sieben Weiße auf der Anklagebank - und zwar alle in dem selben Prozess und alle unter derselben Anklage: "Angriff auf die Staatssicherheit". Diese für Portugal so bedrohliche Aktivität von Schwarzen und Weißen bestand in Propaganda für die Selbstverwaltung Angolas. Von Unabhängigkeit und Abzug der Kolonialmacht war bis zur Stunde in den Flugblättern der Angola-Unabhängigkeitsbewegung offenbar nicht die Rede. Aber selbst im Vorlangen nach innerer Autonomie sieht das Regime Salazar schon ein todeswürdiges Verbrechen, steht doch auf Angriff gegen die Sicherheit des Staates nach portugiesischem Recht die Todesstrafe. Wahrscheinlich glaubt man in Lissabon, durch den Prozess von Luanda, der Hauptstadt von Angola, die Kolonialuhr zurückdrehen und die Freiheitsbewegung in Afrika bremsen zu können. Die gefährliche Nähe des kongolischen Krisenherdes im Norden und die Berührung mit der Südafrikanischen Union, die dank der Apartheid-Politik auch oft einem Hexenkessel gleicht, macht die Nervosität des Lissaboner Regimes verständlich. Denn so politisch uninteressant Angola mit seinen rund fünf Millionen Einwohnern bislang gewesen sein mag, seit im "Afrikanischen Jahr" unabhängige Staaten wie Pilze aus der Erde des schwarzen Kontinents geschossen sind, hat sich das radikal geändert. Die unabhängigen Nationen Afrikas blicken

nicht gerade mit Zuneigung nach Südafrika, wo sich ein Rassenhochmut austobt, der den verständlichen Zorn aller Farbigen erregen muss. Und die Kongo-Grenze ist alles andere als ein Schutzwall für die ungestörte Weiterführung kolonialer Praktiken in Portugiesisch-Westafrika.

"Füllt die Taschen der Weissen"

Seit 500 Jahren herrschen die Portugiesen in diesem volkreichen Teil Afrikas. Dass sie diese Zeit dazu benutzt hätten, die Angoliesen zu "zivilisieren", lässt sich beim besten Willen nicht behaupten. Von den Kolonien gilt Angola schlechthin als die rückständigste. Verfassungsmässige Rechte irgend welcher Art gibt es für den Grossteil der Bevölkerung nicht. Was das Land an materiellen Gütern hergibt - und das ist nicht eben viel - füllt allein die Taschen der Weissen. Ein europäischer Parlamentarier, der einen Abstecher nach Angola machen konnte, kam mit der erschütternden Feststellung nach Hause zurück, dass die Klassenabstufung in Angola wie folgt aussieht: Erst die Weissen, dann die Haustiere und als letztes die Eingeborenen. Selbst wenn das eine überspitzte Formulierung sein sollte, so spricht sie dennoch Bände.

"... wenn jetzt die Angoliesen"

Portugal zählt zu den rückständigsten Nationen Europas - immerhin gibt es dort noch rund 40 Prozent Analphabeten, und das nach fast 30-jähriger Herrschaft Salazars, des Meisters der "lautlosen und versteckten" Diktatur. Wie kann es dann in den Kolonien dieses Staates besser aussehen? Wenn jetzt die Angoliesen, ermutigt von all jenen Zeichen, die den endgültigen Abschluss der kolonialen Epoche deutlich machen, aufbegehren, wird die Maschinerie der Militärgewaltstunlichkeit auf Touren gebracht. Als ob nicht alle ehemaligen Kolonialmächte die Erfahrung machen mussten, dass gerade die Männer, denen man einstmals mit Gefängnisstrafen ihren Freiheitswillen zu nehmen suchte, wenige Jahre später die allseits gesuchten und von allen Grossmächten respektierten und umworbenen Führer werden.

Der westlichen Welt kann es nicht gleichgültig sein, was in Angola geschieht. Weder der Algerien-Konflikt noch die kongolesische Dauerkrise sind bereinigt. Ein ähnlich gelagerter Fall Nr. 3 in Afrika würde mit Recht die Vertrauenswürdigkeit der westlichen Allianz bei den Farbigen untergraben, zumal Salazar Verbündeter der nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft ist.

Scherbenhaufen

"Die Sozialreform wird fortgeführt werden. In erster Linie... wird neben der Korrektur eines zwangsläufige tretender Mangel in der bisherigen Gesetzgebung eine Neuordnung der Krankenversicherung und der Unfallversicherung in Frage kommen". - Aus der Regierungserklärung Dr. Adenauers im Herbst 1957.

Der - Selbst das Machtwort des Bundeskanzlers hat den Scherbenhaufen nicht verhindern können, der auf einen wichtigen, viele Millionen Menschen direkt berührenden Gebiet bundesrepublikanischer Sozialgesetzgebung zu verzeichnen ist: zu einer gründlichen, dauerhaften Reform der Krankenversicherung wird es in dieser Legislaturperiode nicht mehr kommen. Es bleibt beim unzulänglichen, niemand befriedigenden Stückwerk.

An sich ist dies ein erstaunlicher Vorgang. Wohl auf keinem anderen Feld der Gesetzgebung offenbarte sich die Ohnmacht der Mannutiraktion der CDU/CSU im Bundestag. Der Regierungsentwurf war seinerzeit einstimmig von Bundeskabinett verabschiedet worden. Er sollte ein Glanzstück christlich-demokratischer Sozialpolitik werden. Doch bald zeigten sich hässliche Fackeln; sie waren mehr als Schönheitsfehler. Die ganze Konzeption trug den Totkeim des Zerfalls in sich. Von Bürokraten sitzerfen, von einem Minister mit unglücklicher Hand vertreten, von CDU-Sozialpolitikern mit halben Herzen verteidigt, die selbst nicht wussten, was sie wollten, musste dieses Reformwerk von der nicht auf die Wirklichkeit gezogenen Anlage her scheitern.

Grundlage des Entwurfs war das Misstrauen sowohl gegen die Ärzte als auch gegen die Patienten. Auf Misstrauen lässt sich nichts Dauerhaftes begründen, es wirkt wie zersetzendes Gift. Entging dies dem Unglücklichen, für die Durchführung verantwortlichen Bundesgesundheitsminister Blank? Oder glaubte er, gleich dem Leiter über dem Bodensee, die Klagen überwinden zu können? Als unüberwindliches Hindernis erwies sich der Sachverstand, aber auch die in der CDU/CSU bestehende Interessenkollision.

Die Beratungen im Sozialpolitischen Ausschuss des Bundestages wurden zu einem Kreuzerspiel. Die völlig unzureichende Vorbereitung durch die Bundesregierung verwirrte die CDU-Sozialpolitiker, machte sie unsicher

und ständiger Druck von aussen sie unfähig, den papierernen Entwurf mit Leben zu füllen. Die von dieser Seite gemachten Vorschlagsvorschläge haben sich gegenseitig auf. Eines hatten sie allerdings gemeinsam: Ärzte und Patienten Unzumutbares zuzumuten, wie etwa die Einteilung nach zwei Klassen für gleiche Leistungen.

Die Volksgesundheit ist ein kostbares Gut, es zu sichern eine der dringendsten Aufgaben der Sozialpolitik. Hier hat die Partei, die im Bundestag über eine solide Mehrheit verfügt, kläglich versagt. Sie kann, wenn überhaupt, den Bundesbürgern nur ein Flickwerk beschermen. Dieses Antragszeugnis der Regierungspartei spricht für sich. Eine neuen Regierung mit neuen Männern, mit neuen Ideen und festen, an Wohle des Gesunden sich orientierenden Vorstellungen wird es obliegen, das zu erfüllen und Wirklichkeit werden zu lassen, was auf der Regierungserklärung von 1957 nur ein Stück Papier blieb.

* * *

"Wenn die CDU/CSU jetzt ein Verschaltgesetz mit diesen oder jenen Leistungsverbesserungen betreiben sollte, so ist noch nicht die Gefahr gebannt, dass sie versucht, damit die bisher gefassten Beschlüsse über Krankenschuldgebühr, Kostenberechtigung für Arztsachen und Verbandsmittel, sowie die Schaffung eines Zwei-Klassen-Systems der Versicherten zu verbinden. Die SPD wird alle Anstrengungen unternehmen, um eine solche bedenkliche Koppelung zu verhindern. Unbedingt muss sich jetzt in der letzten Phase des Bundestages alle bedenklichen Pläne, in dieser oder jener Weise den Weg zum Arzt zu erschweren und eine Klassifizierung der Versicherten zu schaffen, vereitelt werden. Die Aufgabe lautet: Nicht weniger, sondern mehr ist für die Gesundheit unseres Volkes zu tun".

Aus einem Rundfunkvertrag von Professor Dr. Ernst Schellenberg,
Soziallexperte der SPD

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel